

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Björn Engholm MdL, Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein, weist die Professorenkritik an der SPD zurück und entwickelt Gedanken zum Oppositions-Profil der Partei. Seite 1

Erwin Horn MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, stellt sicherheitspolitische Zukunftskonzepte vor: Entnuklearisierung durch konventionelle Umrüstung. Seite 4

Heinz Menzel MdB weist die Forderung Lafontaines nach einem Generalstreik gegen neue US-Mittelstreckenraketen zurück: Einheitsgewerkschaft erhalten. Seite 6

Dr. Olaf Schwencke MdEP, Sprecher des Gesprächskreises SPD und Kirche, formuliert sozialdemokratische Erwartungen an den bevorstehenden 20. Evangelischen Kirchentag: Umkehr zum Leben. Seite 9

38. Jahrgang / 105

6. Juni 1983

Die SPD braucht ein klares Profil

Die Professoren-Kritik ist kein hilfreicher Beitrag zur Oppositions-Politik

Von Björn Engholm MdL

Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag

"Zurück nach Godesberg" - mit dieser Mahnung forderten zehn sozialdemokratische Professoren die SPD nach der verlorenen Bundestagswahl zur Umkehr auf, um die verlorengegangene Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie wieder zurückzugewinnen.

Ihre Kritik lautete: Der Wahlkampf der SPD habe Zweifel beim Wähler aufkommen lassen für das Ja der SPD zur Industriegesellschaft. Die Betonung eigenstaatlicher Interessen in der Nachrüstungsdebatte lasse die Frage berechtigt erscheinen, ob die SPD an ihrer Außenpolitik der Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis noch festhalte. Die mangelnde Abgrenzung gegenüber den Grünen verunsichere die sozialdemokratische Wählerschaft der Mitte.

Diese Kritikpunkte beschreiben eher die Ängste und Sorgen der Verfasser als sie zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung bis zur Regierungswende in Bonn und der Rolle der SPD dabei respektive für unsere Rolle als Opposition und künftige Mehrheitspartei beitragen. Sie rufen nach einer Politik, die so gar nicht mehr funktionieren kann, weil die "ökonomischen und industriepolitischen Voraussetzungen" dafür nicht mehr gegeben sind. Dem CDU-Modell "zurück in die 50er Jahre" stellen sie das konservativ-sozialdemokratische Modell "zurück in die 60er Jahre" mit orangeroten Plakaten und unter dem Motto "Wir schaffen das moderne Deutschland" als Konkurrenzmodell verdeckter Sehnsüchte gegenüber. Dabei gibt es für beide keine Zulassung mehr.



Denn dagegen sprechen folgende Gründe:

1. Mit der Verschärfung der ökonomischen Krise in den letzten zwei bis drei Jahren ist der Verteilungskompromiß zwischen dem organisierten liberalen Bürgertum und den Arbeitnehmern zerbrochen. Als die FDP für ihre Klientel mangels Masse nicht mehr genügend herausholen konnte, hat sie sich abgesetzt.
2. Im Gespann mit der FDP war es der SPD in zunehmendem Maße zugleich unmöglich, klare beschäftigungspolitische Perspektiven für die Arbeitnehmer - ihre Stammwählerschaft - zu entwickeln. Der damit verbundene Verlust der beschäftigungspolitischen Kompetenz der Sozialdemokratie dürfte nicht unmaßgeblich das Wahlverhalten vieler Arbeitnehmer im Lande beeinflußt haben.
3. In der Koalition mit der FDP haben wir Sozialdemokraten zugleich unsere historisch sonst unumstrittene sozialpolitische Dominanz eingebüßt. Eine ganze Reihe sozialpolitischer Entscheidungen in der Schlußphase der sozialliberalen Koalition stimmten nicht überein mit der These Willy Brandts, daß gerade in schlechten Zeiten die starken Schultern die stärkste Last tragen müßten.

Der Verlust der Rolle als "Anwalt des kleinen Mannes" hatte entsprechende Wahlkonsequenzen.

4. Wirkliche Durchbrüche von ökologischen Programmen zur ökologischen Praxis sind gleichfalls nicht erzielt worden. Sozialdemokraten haben zwar in der sozialliberalen Koalition häufig den Mund an der richtigen Stelle gespitzt, aber zu selten wirklich nachhaltig gepfiffen.
5. Am Bedrückendsten scheint mir die wachsende Skepsis großer Teile der Bevölkerung gegen unsere Friedenspolitik gewesen zu sein. Daß neue nukleare Mittelstreckenraketen Bestandteil einer aktiven Friedenspolitik sein sollten, wurde uns im wachsenden Maße nicht mehr abgenommen. Für viele war und ist der organisierte Wahnsinn, dessen Organisatoren Mitteleuropa durchaus als Gefechtsfeld nuklearer Auseinandersetzungen einkalkulieren, keine Zukunftsperspektive.

Was ergibt sich daraus als unsere Oppositionsaufgabe?

1. Die SPD ist die Partei der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit; das ist ihre historische Aufgabe und ihre aktuelle Pflicht. Das meint klare Distanz zur Wirtschaftspolitik von Stoltenberg und Lambsdorff, das meint energischer Widerstand gegen jeden weiteren Sozialabbau; das meint Entlarvung der gigantischen Umverteilungswelle nach dem Motto "Wer hat, dem wird gegeben"; das meint Entwicklung konkreter Modelle zur Arbeitszeitverkürzung, zur Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes und zu Beschäftigungsprogrammen. Wir müssen dabei nicht in neuen Theorien die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben, sondern praktisch die Solidarität der Besitzenden einfordern.

Dazu gehört auch der hartnäckige Kampf um die Sicherung der Ausbildungschancen der jungen Generation. Solange Zehntausende ohne berufliche Qualifizierung auf der Straße stehen, bleiben Subventionen für die Bauherrenmodelle ein sozialer Skandal.

2. Die SPD ist die Partei der ökologischen Vernunft und Perspektive. Das meint, daß sie zur führenden Partei vom klassischen Naturschutz bis hin zur sachlich begründeten Kritik an Großtechnologien werden muß. Sozialdemokraten müssen deutlich machen, daß aktive Umweltpolitik zugleich auch neue und qualitative Wachstumschancen beinhaltet, also für Arbeitnehmer von höchstem Interesse ist. Ökologisches Denken allerdings ver-



langt von Sozialdemokraten mehr. Die zunehmende Zerlegung und Entsinnlichung von Arbeit, der wachsende psychische Druck und neue gesundheitliche Gefährdungen, die Gefahr zunehmend sich entleerer Freizeiten - das alles erfordert Ansätze für eine Gesellschaftstheorie, in der Arbeit, Leben und Umwelt wieder einen gemeinsamen Sinn machen.

3. Die SPD ist die Partei der Freiheit, der Toleranz und der kulturellen Entwicklung. Das meint, wir brauchen eine deutliche Distanz zu den schleichenden Repressionstendenzen in der Innen-, Rechts-, Bildungs- und Kulturpolitik. Es muß deutlich sein, daß für Sozialdemokraten ein starker Staat immer nur der sein kann, der seine Stärke durch Freiheit, Toleranz und Beteiligungsrechte der Menschen zeigt. Um es mit Heinrich Böll zu sagen: Wir müssen die Grenzen des Mutes erkunden, immer weiter, immer weiter gehen!
4. Die SPD ist die Partei des Friedens und der Entspannung. Wir brauchen in diesen Fragen ein klares Profil. Die Aussage der SPD, sie wolle keine Raketen, es sei denn, es müsse sein, hebt zu wenig von der Position der CDU ab, die behauptet, sie wolle Raketen, es sei denn, es müsse nicht sein. Der Gedanke der Sicherheitspartnerschaft muß Kern einer neuen sozialdemokratischen Friedenspolitik werden.

Angesichts der zunehmend imperialer werdenden USA-Machtpolitik, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die USA die noch mit Helmut Schmidt vereinbarte Vertragsbasis längst verlassen haben, scheint mir nur ein begründetes Nein zur Stationierung neuer Raketen möglich.

5. Diese Aufgaben definieren auch unser Verhältnis zur grünen Bewegung:

- Nur die SPD kann auf Dauer eine ökologisch, ökonomisch und sozial vertretbare Antwort auf die Krise der Industriegesellschaft dieses Jahrzehnts nicht nur formulieren, sondern auch als soziales Bündnis in Wahlen organisieren. Es ist deshalb unser vitales Lebensinteresse, uns als die organisatorische Einheit dieses Reformbündnisses zu behaupten. Die Zersplitterung unserer Wählerschaft auf zwei politische Gruppierungen schafft auf Dauer keine neue Mehrheiten rechts von der CDU, sondern zementiert die Vorherrschaft der Konservativen.
- Grüne Wähler sind vor allem Wähler, die nicht mehr SPD wählen. Das ist nicht ihre Schuld, sondern eher unser Versagen in der Politik. Wir haben uns beharrlich um ihre Rückgewinnung zu bemühen, nicht durch Stigmatisierung ihrer Funktionäre, sondern durch eine glaubhafte ökologische Neuorientierung in der Politik.
- Wir haben im Stammbereich sozialdemokratischer Wählerschaft behutsam und beharrlich für die ökologische Öffnung unserer Politik zu werben, um aus der Feindseligkeit konkurrierender politischer Gruppen mit unterschiedlichen sozialen und persönlichen Lebenserfahrungen nicht einen Rückzug in der Sache zu befördern. Stallgeruch, der sich durch Feindseligkeit nach außen abgrenzt, ist kein Heimatgefühl, sondern kleinbürgerlicher Mief.
- Die Grünen sind wegen der unausräumbaren Spannungen in den eigenen Reihen und der mangelnden sozialen Basis keine auf Dauer angelegte parlamentarische Bewegung. Die Gretchenfrage für uns lautet also nicht: Wer toleriert wie wen? Sondern wieviel Zeit brauchen wir, um die von uns mitverursachte massive Wählerzustimmung zu einer grünen Partei wieder in Vertrauen in die SPD zurückzuverwandeln. Dies ist keine taktische, sondern eine inhaltliche Frage. (-/6.6.1983/ks/rs)

+ + +



Sicherheitspolitische Zukunftskonzepte

Die Regierungsparteien weichen der Strategiedebatte aus

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Erstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist die Kriegsverhinderung. Umfang, Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr und vor allem die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland müssen sich dieser Forderung ohne jegliche Einschränkung unterwerfen. Damit direkt verbunden ist die Forderung, die nukleare Schwelle zu heben, das heißt die Abschreckung durch Nuklearwaffen mehr und mehr zurückzudrängen, um die von Nuklearwaffen selbst ausgehenden Gefahren zu vermindern. Notwendig ist deshalb eine Untersuchung, wie eine glaubwürdige konventionelle Abschreckung und damit Kriegsverhinderungsstrategie herzustellen ist. Bereits heute ist bei den Experten, die sich der Mühe einer sachlichen Untersuchung unterziehen, klar, daß uns kein potentieller Gegner risikolos angreifen kann.

Die NATO hat auch in Europa eine konventionelle Schlagkraft, die beachtlich ist. Bereits unter Georg Leber wurden reine Defensiv-Systeme zum Beispiel Panzerabwehr- raketen in ausreichendem quantitativen und gutem qualitativen Umfang beschafft. Sie sind billiger als Großsysteme und erfüllen mit den vorhandenen Panzern und Kampf- flugzeugen den Zweck einer konventionellen Abschreckung. Ein Angriff gegen einen Staat des Nordatlantischen Bündnisses in Europa wäre für den Angreifer nicht risikolos.

Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Vor allem die moderne Waffentechnologie zeigt, daß es nach dem Leopard II in diesem Jahrtausend keinen Panzer mehr geben muß; auch für das taktische Kampfflugzeug "TORNADO" sowie die Fregatte F 122 gilt das gleiche. Dies heißt jedoch nicht, daß damit die durch diese Waffensysteme abgedeckten Aufgaben fortfallen. Was für die See- und Luftverteidigung gilt, nämlich die immer größer wer- denden Bekämpfungsreichweiten, wird auch in der Landesverteidigung der 90er Jahre wirksam werden. Darüber hinaus ist die Landesverteidigung vor die Aufgabe gestellt, den numerischen Vorteil des Warschauer Paktes dadurch auszugleichen, daß die nachge- führten Kräfte bereits vor Erreichen des Gefechtsfeldes aufgehalten und dezimiert werden. Diese Abriegelung des Gefechtsfeldes muß über mittlere und größere Entfer- nungen durch Systeme erfolgen, die nicht derart hohe Entwicklungs-, Beschaffungs- und Betriebskosten zur Folge haben wie Kampfflugzeuge, Großschiffe und Panzer.



Die einzigen Systeme, die diese Leistungen erbringen, sind Feststoff-Raketen als Waffenplattform und Träger für eine große Zahl von Submunition. Das schwierigste Problem im Zusammenhang mit Raketen besteht in der Verifikationsfrage, solange wir es mit Systemen zu tun haben, die sowohl nukleare als auch konventionelle Fähigkeiten haben und dadurch auch in der Akzeptanz bei der Bevölkerung. Würde jedoch die Entnuklearisierung der Bundesrepublik Deutschland mit dieser Umrüstung verbunden, so erübrigte sich das Problem der Verifikation, das heißt der Schwierigkeit für die Staaten des Warschauer Paktes, zwischen nuklearen und konventionellen Systemen zu unterscheiden, weil es dann nur noch konventionelle Systeme in Europa geben würde.

Bei dem Entwurf zukünftiger Streitkräfte-Konzepte dürfen jedoch die Zeiträume und kritischen Teile nicht unter den Tisch gekehrt werden. Hier sei zunächst das Finanzproblem erwähnt. Erst für die 90er Jahre ergeben sich bei vorsichtiger Fortschreibung des Finanzvolumens Freiräume, die entsprechend genutzt werden könnten. Damit ist gleichzeitig der Zeitraum benannt, für den solche Konzepte gedacht sind. Nicht zuletzt spielt das Wehrpflichtigen-Aufkommen eine entscheidende Rolle. Unter den heutigen Voraussetzungen hat die Bundeswehr einen jährlichen (theoretischen) Ergänzungsbedarf von 225.000 Wehrpflichtigen (addiert man Polizei, BGS Katastrophenschutz und Entwicklungsdienst dazu, sind es 252.00 dienstfähige junge Männer). Unabänderlich wird jedoch 1992 ein verfügbares Aufkommen von nur cirka 150.000 Männern vorhanden sein.

Allein diese Zahlen des Berichtes der "Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr" vom Juni letzten Jahres zeigen auf, welche konzeptionellen Reformen in diesem Bereich durchgeführt werden müssen.

Letztlich sei einiges angemerkt, was die Rolle der Regierungsparteien zu diesen Fragen der Zukunft angeht. Obwohl seit mehr als einem Jahr diese "Strategie-Debatte" nicht nur in Fachkreisen, sondern in der Öffentlichkeit vollzogen wird, ist von der CDU/CSU und der FDP dazu nichts zu hören. Weder in der Opposition noch jetzt in der Regierung werden Ansätze oder gar Konzeptionen dargelegt. Einzig die CDU hatte durch Manfred Wörner im Mai letzten Jahres eine Konzeption vorgelegt, welches sofort von der CSU über das Sprachrohr "Bayernkurier" heftig kritisiert wurde. Wörner schlug damals vor, ab sofort für die folgenden Jahre jährlich um eine Milliarde DM den Rüstungshaushalt aufzustocken. Für heute und die Zukunft ist dies nicht zu erwarten, was im übrigen die Qualität der politischen CDU-Konzeption ausreichend (ab) qualifiziert.

(-/6.6.1983/ks/rs)

+ + +



Die Frage des Generalstreiks

Lafontaines Forderung könnte die Einheitsgewerkschaft in innere Schwierigkeiten bringen

Von Heinz Menzel MdB

Die Aufforderung Lafontains, die Gewerkschaften sollten durch ihr härtestes Kampfmittel, dem Generalstreik, die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auf deutschem Boden verhindern, gibt Anlaß sich mit der Frage des politischen Streiks und seiner Berechtigung zu befassen.

Das Mittel des Streiks, zur Durchsetzung von Forderungen, beziehungsweise Abwehr von Verschlechterungen ist den Gewerkschaften unstreitig zuerkannt. Der Streik richtet sich gegen den sozialen Gegenspieler. Er ist Ausfluß der Koalitionsfreiheit und unseres sozialen Rechtsstaates. Unsere Verfassung setzt die Zulässigkeit des Streiks voraus. Das Einzige, was bei der Anwendung dieses Kampfmittels zu beachten ist, ist die Sozialadäquanz, das heißt, daß bei Anwendung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachtet wird. Am häufigsten wird der Streik als Warnstreik, das heißt es soll auf die Bedeutung der Forderungen hingewiesen werden, und als Erzwingungsstreik, das heißt mit dem Ziel seine Forderungen durchzusetzen, angewandt.

Die deutschen Gewerkschaften haben das Mittel des Streiks sehr verantwortungsbewußt eingesetzt. Von allen Industriestaaten mit freien Gewerkschaften, wurde in der Bundesrepublik, bezogen auf die Zahl der Arbeitnehmer am wenigsten gestreikt.

Neben dem Streik gegen den sozialpolitischen Gegenspieler - dem Arbeitgeber - ist der politische Streik ein legitimes Mittel der Gewerkschaften beziehungsweise Arbeitnehmer. Sein Adressat ist nicht der gesellschaftspolitische Gegner, sondern der Hoheitsträger - der Gesetzgeber.

Beim politischen Streik wird man besonders zwischen dem "Demonstrationsstreik" und dem "Erzwingungsstreik" unterscheiden müssen.

Beim Demonstrationsstreik geht es darum, durch das Kampfmittel "Streik", darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig ein Vorhaben (zum Beispiel Gesetz) ist. Er wird von vornherein zeitlich begrenzt sein, ist aber letztlich nicht auf die Erzwingung seines Willens gerichtet.

Gerade aber das ist das Ziel des Erzwingungsstreiks. Sein Bestreben ist es, dem Hoheitsträger den Willen der Streikenden aufzuzwingen, das heißt ein Anliegen durchzusetzen oder ein Vorhaben des Gesetzgebers zu verhindern.

Die Ansichten über das Recht der Gewerkschaften zum politischen Streik gehen weit auseinander. Unumstritten ist das Recht zum politischen "Erzwingungsstreik", wenn mit diesem Mittel ein Angriff auf die freiheitliche Verfassung abgewehrt werden soll.

Freiheitliche Grundrechte und Demokratie sind gewissermaßen das Lebenselixier freier Gewerkschaften. Ein Angriff auf diese Rechte ist ein Angriff auf unsere Verfassung. Zu deren Abwehr haben die Gewerkschaften das Recht des Arbeitskampfes.

Aber auch der politische Demonstrationsstreik ist ein legales Mittel der Gewerkschaften, wenn er auch in unserem Staat bisher kaum eingesetzt worden ist. Konservative Kräfte bestreiten allerdings den Gewerkschaften bereits den Einsatz dieses Kampfmittels.



Die bekannteste politische Streikdrohung nach dem Kriege war wohl die Streikdrohung, als die Regierungsmehrheit 1951 sich nicht bereit erklärte - bei Kohle und Stahl - eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer gesetzlich zu verankern. Allgemein wird das Recht zum politischen Erzwingungsstreik bestritten. Er würde ein Eingriff in die Rechte des frei gewählten Parlamentes bedeuten und wäre mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren.

Der politische Erzwingungsstreik wäre dann rechtens, wenn die Staatsgewalt ihre Rechte verfassungswidrig ausüben würde. Dies sind die Kriterien, an denen die Forderung Lafontaines an die Gewerkschaften zu messen sind.

Frage ist also, ob durch die Aufstellung neuer Raketen unsere demokratische Grundordnung bedroht wird oder ob die Aufstellung unter mißbräuchlicher Nutzung verfassungsmäßiger Rechte erfolgt. Nur dann wäre der Streik berechtigt.

Neben diesem vielleicht formalen Aspekt hat das Mittel des politischen Streiks gerade für unsere Einheitsgewerkschaften eine besondere Bedeutung. Die Gewerkschaften sind politisch unabhängig. Daß sich die Organisationen von Arbeitnehmern unterschiedlicher Glaubensrichtungen und politischer Auffassungen - von christlich orientierten und Sozialisten - in einer Gewerkschaft so hervorragend bewährt haben, liegt daran, daß sich die sozialpolitischen Grundpositionen, sowohl der Christen, als auch der Sozialisten nicht widersprechen.

Wie sehen die Grundpositionen aus?

Die gesamte katholische Soziallehre baut auf die Naturrechtslehre des Thomas von Aquin. Er sagt im Kern seiner Lehre, daß sich die Schöpfung nicht nur auf den Menschen, sondern sich auch auf die Ding- beziehungsweise Sachenwelt (untergeistige Welt) erstreckt. Daraus ergäbe sich folgende Ordnung: Gott - Mensch - Sache. Das hieße, die Gesellschaft sei immer dann in Ordnung, wenn diese Über- und Unterordnung gewahrt bleibt.

Seine Lehre ist Fundament der ersten Sozialenzyklika "Rerum Novarum" (1891) von Leo VIII, der 1931 erlassenen Enzyklika "Quadragesimo anno" von Pius XI, bis hin zur fünfzig Jahre später von Papst Johannes Paul I veröffentlichten Enzyklika "Laborem exercens".

Während "Rerum novarum" gegenüber autonomen Gewerkschaften noch deutliche Zurückhaltung an den Tag legte, geht "Laborem exercens" von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeitnehmer zu Gewerkschaften aus. Diese werden als unentbehrliches Element des sozialen Lebens bezeichnet. Ihre Aufgabe sei die Verteidigung der existenziellen Interessen der Arbeitnehmer in allen Bereichen, in denen ihre Rechte berührt seien. Der Zusammenschluß von Menschen zur Verteidigung der ihnen zukommenden Rechte sei ein positiver Faktor der sozialen Ordnung und der Solidarität von dem nicht abgesehen werden könne.

Mitbegründer des sozialen Gedankens in der evangelischen Kirche waren Stöcker, Wichern, Bodelschwingh und Naumann.

Großen Einfluß auf die Lehre der evangelischen Kirche nahm in der Zeit des Nationalsozialismus - sie besann sich ihres christlichen Wesens - der Theologe Karl Barth.

Weitere gewichtige Aussagen führender Männer der evangelischen Kirche zu sozialen Problemen kann man unter anderem in den sogenannten "Amsterdamer Dokumenten" finden. Ihr wesentlichster Inhalt ist die Feststellung, daß bisher zwei Gesellschaftsordnungen entwickelt worden sind: der Liberalismus und der Kollektivismus, daß es aber keiner von beiden gelungen ist, eine gerechte Ordnung aufzubauen. Da beide also nicht in der Lage sind die Gesellschaft gerecht zu ordnen und Gerechtigkeit herbeizuführen, müssen neue Wege gegangen werden.



In einer neuen Ordnung darf die Freiheit des einzelnen nicht durch das Kollektiv bedroht sein und darf Gerechtigkeit nicht bedroht sein durch zügellose Freiheit des Einzelnen.

In der Frage der Einheitsgewerkschaften hat sich die evangelische Kirche deutlich für die Einheitsgewerkschaft ausgesprochen. Sie fordert ihre Mitglieder auf, in dieser Einheitsgewerkschaft als Christen zu wirken, da sie der Auffassung ist, daß die Arbeitnehmer in der Einheitsgewerkschaft ihrer Sache am besten dienen und den besten Beitrag zur Neuordnung der Gesellschaft leisten können.

Der freiheitliche Sozialismus stellt die Forderung nach Gerechtigkeit im menschlichen Zusammenleben in den Mittelpunkt.

Sie findet wohl am besten in der Marx'schen-Lehre, daß der Mensch der Schöpfer der Produktivwelt sei und deshalb auch über sie herrschen müsse und nicht zu ihrem Sklaven werden dürfe, ihren Ausdruck.

Der demokratische Sozialismus befaßt das Recht der Arbeitnehmer sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen und betrachtet das Streikrecht als selbstverständliches Grundrecht der Arbeiter und Angestellten. Er erkennt ihnen das Recht zur Mitgestaltung am wirtschaftlichen und sozialen Leben ausdrücklich zu.

Da der demokratische Sozialismus seine Anschauungen nicht als Ersatzreligion betrachtet und in seinem Streben nach größerer Gerechtigkeit den Grundwerten beziehungsweise der Grundordnung sowohl der katholischen als auch der evangelischen Kirche nicht widerspricht, ist - und das wird auch in den Sozialenzykliken und in den Verlautbarungen der evangelischen Kirche deutlich zum Ausdruck gebracht - das Zusammenwirken in Einheitsgewerkschaften für alle möglich.

Probleme können dann auftreten, wenn die Gewerkschaften mit ihren Mitteln Entscheidungen erzwingen wollen, die nicht im sozialpolitischen sondern im allgemein politischen Raum liegen, die also Fragen unserer gesellschaftlichen Ordnung nicht unmittelbar berühren.

Spannungen sind also dann zu erwarten, wenn die Gewerkschaften mit ihren Mitteln Probleme aufgreifen, die nicht Ordnungsprobleme innerhalb der Gesellschaft sind und damit den Interessensbereich der Arbeitnehmer nicht direkt berühren.

Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß die deutschen Gewerkschaften das Mittel des Demonstrationsstreiks - gegen den Gesetzgeber - nur zögernd einsetzen, insbesondere dann, wenn es um Probleme geht, die nicht dem sozialpolitischen Bereich zuzuordnen sind.

Die Lafontain'sche Forderung, die Gewerkschaften sollen durch einen Generalstreik, die mögliche Stationierung neuer Raketen verhindern, ist aber keine solche Ordnungsfrage und würde für die Gewerkschaften erhebliche Probleme mit sich bringen, weil zu dieser sicher wichtigen, aber doch allgemeinpolitischen Frage, die Gewerkschaftsmitglieder - aufgrund ihrer unterschiedlichen Religions- und Parteizugehörigkeit - unterschiedliche Auffassungen haben.

Die Forderung ist nicht nur rechtlich zweifelhaft, sie könnte unsere Gewerkschaften in große innere Schwierigkeiten bringen.

Die Einheitsgewerkschaft hat erhebliches dazu beigetragen, daß die Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft und daß ihre wirtschaftliche Situation nach dem Kriege wie in keiner Zeit vorher, verbessert wurde. Deswegen muß alles getan werden, um diese Einheitsgewerkschaft zu erhalten.

Politik heißt eben auch Probleme und Forderungen bis hin zur Bilanz zu durchdenken. Wer Einheitsgewerkschaften befaßt, sollte sie nicht durch unüberlegte Forderungen in rechtliche und organisatorische Schwierigkeiten bringen.

(-/6.6.1983/ks/rs)

Vermünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Umkehr zum Leben

Sozialdemokraten auf dem 20. Evangelischen Kirchentag in Hannover

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

Sprecher des Gesprächskreises SPD und Kirche

In wenigen Tagen wird Präsident Erhard Eppler den 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover eröffnen. Wie kein Kirchentag zuvor hat er manche Leute bereits ziemlich nervös gemacht. Wird dieses kirchliche Laientreffen nicht von solchen "radikalen Friedensbewegten" umfunktioniert werden, denen weniger an dem "Wort Gottes" gelegen ist als an einer machtvollen Demonstration gegen die NATO-Nachrüstung in der Bundesrepublik!? Schließlich geht es um Existenzfragen des Christseins heute - "Umkehr zum Leben" meint zugleich Warnung wie Zuversicht!

Es hat noch nie einen Evangelischen Kirchentag gegeben, der un-politisch war. Und es wird keinen geben solange das Evangelium, die Frohe Botschaft von der vergebenden Liebe Gottes, verkündet wird und seine Hörer findet: Menschen, die als Christen in die besondere Verantwortung für eine Politik des Friedens gerufen sind! Nur christlich-konservative Ideologen können Angst vor kontroversen Gesprächen, vielfältigen Aktionen und einer großen Friedensveranstaltung verspüren. Solche Angst spricht nicht für die uns von Luther anempfohlene Freiheit eines Christenmenschen.

Unter dem Motto des Kirchentages "Umkehr zum Leben" stehen auch die Angebote der "Christen in der SPD" auf dem Markt der Möglichkeiten sowie die drei öffentlichen Veranstaltungen des Niedersächsischen "Gesprächskreises SPD und Kirche" zur "Politischen Kultur", "Arbeit" und "Frieden", an denen zahlreiche bekannte Sozialdemokraten teilnehmen werden. Unter der Leitung von Olaf Schwencke, Barbara Simons und Fritz Riege werden zu diesem Thema einleitend unter anderem sprechen Johanno Strasser, Werner Vitt, Peter von Oertzen und Dieter Lattmann und, um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir tragen die violetten Tücher als Zeichen der "Umkehr" und der Gesprächsbereitschaft mit Jedermann auf dem Kirchentag!
(-/6.6.1983/ks/rs)

+ + +

